

Ansprache zur Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2008**Fanny-Michaela Reisin (Präsidentin)****Sehr verehrte Herren und Damen,**

Am 4. Mai jährte sich zum siebzigsten Mal der Todestag Carl von Ossietzkys, jenes radikalen Pazifisten und mutigen Streiters gegen Obrigkeit und Ausgrenzung jeder Art. Er war Vorsitzender unserer Vorgänger-Liga und Herausgeber der Zeitschrift „Die Weltbühne“ bis zum Machtantritt der Nazis in Deutschland. Noch in der Nacht des Reichstagsbrandes wurde Carl-von-Ossietzky mit anderen Mitgliedern des Ligavorstands festgenommen. Er starb bekanntlich unter Polizeiaufsicht in Berlin an den Folgen der Folter, die ihm erst im KZ Sonnenburg und danach in den Emsland-Lagern zugefügt worden waren.

Liebe Medaillenträger und Medaillenträgerinnen!

Wir ehren Sie heute, da Sie - ganz im Sinne Carl-von-Ossietzkys – aufgestanden sind, um hochragende Trennmauern und elektronisch aufgerüstete Trennzäune zu überwinden und gemeinsam und gewaltfrei zu kämpfen: für eine Zukunft ohne Ausgrenzung, Unterdrückung und Krieg. Diesen, Ihren mutigen und entschlossenen Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte wollen wir stärken!

Sie erwecken verschüttete Traditionen einer Jahrtausende alten Geschichte des Miteinanders unterschiedlichster Völker und vielfältiger Religionen in Palästina wieder zum Leben. Gleichzeitig schlagen Sie ein völlig neues Kapitel dieser Geschichte auf: Das Kapitel einer Zukunft, in der das Buber'sche „Ich bin weil Du bist“ zum Allgemeingut und das Bil'iner „Ich schütze Dich, damit wir bleiben“ allgemeine Praxis sein wird.

In Israel und Palästina ist allerdings bis dahin noch viel zu tun. Zu viele Brandstellen lodern noch.

Gaza erstickt.**Drei Wochen dauert nun die vollständige Blockade der ohne schon seit Monaten belagerten Bevölkerung des Gazastreifens!**

Israel gibt den Vollzug härtester Kollektivstrafen gegen die Gazaner sogar offen zu! Überdies wissen wir, dass die Bevölkerung gegen ihre demokratisch gewählte Hamasregierung aufgebracht und diese gestürzt werden soll.

Das Internationale Recht und das System der Menschenrechte verbieten beides: Sowohl Kollektivstrafen als auch die Einflussnahme auf die politische Selbstbestimmung eines Gemeinwesens.

Der Vorstand der Liga ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte empört darüber, dass die Bundesregierung durch ihr Stillschweigen die Geiselnahme von 1,5 Millionen Menschen billigt. Es müssen endlich Maßnahmen ergriffen werden, um Israel zur Einhaltung der UN-Charta, der Menschenrechte und der Humanitären Konventionen zu bewegen.

Gerade in diesen Tagen eröffnete sich eine große Chance für Bürgerinnen und Bürger Europas gegen die Blockade des Gazastreifens praktisch aktiv zu werden:

Im Januar wird das Europäische Parlament über eine Erweiterung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel beraten.

Bitte nutzen Sie diese Zeit, um bei den Mitgliedern des Europäischen Parlaments die umgehende Beendigung der unmenschlichen Blockade des Gazastreifens zu fordern und endlich auch das Ende der Besatzung insgesamt.

Übrigens sollte über dieses Thema bereits am 4. Dezember der vergangenen Woche verhandelt werden – mehr oder minder heimlich hinter verschlossenen Türen. Das haben Abgeordnete der linken Fraktion unter dem Motto „Israel steht nicht über dem Recht“ (in Europa) verhindert und so einen neuen Termin möglich gemacht.

Über Parteigrenzen hinweg muss sich das Europäische Parlament jetzt an die Seite der Menschen in Gaza stellen, wie überhaupt an die Seite der Palästinenser unter Besatzung. Wir sollten unsere Europaabgeordneten umfassend unterstützen!

Angesichts der Menschenrechtsverletzungen, die heute hier zur Sprache kommen werden, ist es ohnehin mehr als fragwürdig, ob bei Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention der Status Israels auf EU-Territorium aufgewertet werden kann.

Meine Damen und Herren!

Die Liga feiert den 60. Jahrestag der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 10. Dezember 1948 in Paris.

Verfasst im Auftrage der Vereinten Nationen schreibt sie in 30 Artikeln die essentiellen Rechte fest, die jedem Menschen garantiert sein müssen, damit ein respektvolles, friedliches und würdiges Miteinander gewährleistet ist.

Und was wurde seit 1948 erreicht? Einiges gewiss! Die Grundrechte und politischen Freiheiten wurden gestärkt. Die Rechte der Frauen, der Kinder, der Minderheiten und endlich 2006 der Behinderten auch. Indes: Die Bilanz lässt weltweit viele Wünsche offen.

In den 60 Jahren seit der Verkündung der Allgemeinen Erklärung vermochte kein einziger Staat bisher allen 30 Artikel auf seinem Territorium rechtsverbindlich zu machen. Die G8 Staaten bilden hier bekanntlich *keine* Ausnahme.

Ein Blick auf unseren Kontinent und unser Land verdeutlicht dies:

Tausende Tote vor den Küsten Europas sind Zeugen der bitteren und skandalösen Tatsache: Die EU und namentlich ihre legislative Kommission missachtet und verletzt systematisch alle Artikel (z. B. 6,13 und 14) der Allgemeinen Erklärung zu Flucht, Asyl und Migration. Diese schreiben doch unzweifelhaft fest: Menschenrechte sind universell und kennen keine Grenzen! Jeder Mensch hat Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson überall! Kein Mensch ist illegal! Nirgendwo!

Erschreckende Zahlen belegen indes: FlüchtlingeN, die in Europa Schutz suchen, ist der Kontinent versperrt. In den 20 Jahren seit 1988 wurden entlang der europäischen Grenzen 13 Tausend Tote aufgefunden. Das sind mindestens 6500 jährlich. Die große Mehrzahl der umgekommenen Flüchtlinge wurde im Mittelmeer oder im Atlantischen Ozean auf dem Weg nach Spanien ausgemacht. Nach UNO-Schätzungen müssten für jeden tot aufgefundenen Bootsflüchtling ungefähr 45 Verschollene beklagt werden. Das wären in zwei Jahrzehnten mehr als eine halbe Millionen. Niemand kennt genaue Zahlen. -

Die EU setzt weiter auf Abweisung, Abschiebung und Abschreckung unerwünschter Migranten. Dabei gehört Aushöhlung des Flüchtlingsschutzes und Illegalisierung der Zuwandernden zum Kalkül. Tödliche Trennmauern und Trennzäune verunstalten schon längst auch auf dem europäischen Kontinent natürlich gewachsene Grenzlandschaften.

Das Kommando beim „Grenzschutz“ und der Aussperrung von Flüchtlingen hat die Europäische Frontex-Agentur. Hiesige Flüchtlingsorganisationen werfen „Frontex“ vor, aktiv dazu beizutragen, dass Menschenrechte und Flüchtlingsschutz auf hoher See buchstäblich "untergehen".

Der vor zwei Monaten in Paris verabschiedete Europäische Pakt zu Einwanderung, hätte eigentlich zu einem "Europa des Asyls" führen sollen. Versperrte Fluchtwege, Versagung von Rettung und Schutz selbst für gefährdete Kinder und schwangere Frauen auf dem Weg nach Europa sowie die Entrechtung der Zuwanderer weisen solche Pakte als Blasphemie aus. Eine im Sinne des Systems der Menschenrechte verantwortungsbewusste europäische Flüchtlingspolitik müsste Fluchtwege freihalten und sogar schaffen, um Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen, großzügig Asyl zu gewähren.

Deutschland ist in der EU keine Ausnahme, Deutschland ist in der EU die Regel!

In diesem zu Ende gehenden Jahr 2008 begingen wir den 15. Todestags des im Grundgesetz verankerten Grundrechts auf politisches Asyl, das in der Bundesrepublik Deutschland bis zum 26. Mai 1993 ohne Vorbehalt bestanden hatte. Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes, „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, wurde drastisch eingeschränkt, in ein Ausnahmerecht verwandelt und faktisch aufgegeben.

Die damalige Ligapäsidentin Alisa Fuß gab das ihr vordem verliehene Bundesverdienstkreuz postwendend an den Bundespräsidenten zurück. Selbst im Alter von 16 Jahren zur Flucht aus Nazideutschland gezwungen, war sie bitter enttäuscht über die Verwässerung des Grundgesetzes. Sie sah voraus, dass das Asylrecht als Grundrecht faktisch abgeschafft worden war. Heute wissen wir: Das Ziel, die Verringerung der Zahl der Asylsuchende wurde *übererfüllt*. Seit nunmehr 15 Jahre verschließt sich Deutschland dem internationalen System des Flüchtlingsschutzes und missachtet relevante, auf Flucht- und Asyl-bezogenen Menschenrechten.

Im November 1993 konnte dann nachdem das Asylrecht den Verfassungsrang verloren hatte, das – Achtung jetzt kommt ein aus vier Worten zusammengesetztes Verordnungswort –: Asyl-Bewerber-Leistung-Gesetz verabschiedet werden, das den Lebensunterhalt von Asylsuchenden und anderen Flüchtlingen regelt. Ein Sonderrecht. Es sondert die Lebensbedingungen von Flüchtlingen auf sonderbar inhumane Weise von denen anderer Menschen auf deutschem Boden aus. So gibt es z. B. in Deutschland - kaum zu fassen - *zwei* verschiedene Existenzminima: Eines für Empfänger des Arbeitslosengeldes II, das – knapp genug - mit 351,- € bemessen ist und ein zweites für Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten, das mit 184,-€ die Hälfte beträgt. Das ist staatlich verordneter Rassismus!

Vielfach werden Flüchtlinge in abgelegenen Lager-ähnlichen Unterkünften, Baracken oder Heimen untergebracht. Im tiefsten Wald, um sie von der Wohnbevölkerung der jeweiligen Kreisstädte abzuschirmen. Ins Land der mörderischen KZ-Welten sind Isolations- und Straflager wieder zurückgekehrt. Nicht etwa als Ausnahme oder vorübergehend, sondern vorsätzlich per Gesetz und dauerhaft verordnet: Ein institutioneller Eingriff in die Würde des Menschen.

Staatliche Politikmaßnahmen gegen Rassismus sind doch unglaublich, wenn Flüchtlinge und Zuwandernde per Gesetz ihrer Würde sowie ihrer Freiheiten und Rechte beraubt werden.

Auch die Grundrechte und politischen Freiheiten werden Schritt um Schritt ausgehöhlt

In diesem Jahr wurden wir mit weiteren „Schäublichkeiten“ zur Einschränkung der Bürgerrechte bedacht. Glücklicherweise konnte vieles für's Erste abgewehrt werden.

Mit seinem Plan, die Bundeswehr regulär als nationale Sicherheitsreserve im Inland einsetzen zu können, ist Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gescheitert. Andererseits gibt die schleichende Militarisierung der „Inneren Sicherheit“ Anlass zu schlimmsten Befürchtungen. Der Innenminister *will* den Einsatz der Bundeswehr. Obwohl Polizei und Militär aus historischen Gründen und nach dem Grundgesetz strikt zu trennen sind. Einen Vorgeschmack auf künftige Militäreinsätze bekamen wir bereits beim G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Seit dem 1. Januar werden bekanntlich alle Telekommunikations- und Standortdaten, also Daten aus Festnetz- und Mobile-Telefone sowie aus Email- und Internetverbindungen, offiziell sechs Monate lang auf Vorrat gespeichert. Ohne Verdacht. Nur, um sie bei Bedarf zur Strafverfolgung abrufen zu können. Mit Hilfe der gespeicherten hochsensiblen Daten *der gesamten Bevölkerung* lassen sich Bewegungsprofile von Bürgern erstellen sowie alle Kontakte rekonstruieren. Wie schnell wir in solche Gefahr kommen, zeigen die Missbrauchsfälle bei der Telekom, die diese Daten, quasi als Hilfspolizei des Staates, künftig vorrätig halten muss.

Am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Daten-Vorrats-Speicherung reichten 35.000 Menschen und viele Organisationen – darunter auch die Liga – eine Verfassungsbeschwerde gegen diesen Anschlag auf die freie Kommunikation und Meinungsäußerung ein. Im Eilverfahren konnte ein erster Teilsieg errungen werden: Die Vorratsdaten dürfen immerhin nur noch zur Ermittlung besonders schwerer Straftaten benutzt werden.

Der geplante Umbau des Bundeskriminalamtes zu einem zentralen deutschen FBI mit geheimpolizeilichen Befugnissen zur so genannten *Vor-Feld!*-Ausforschung – inklusive Großem Spähangriff in Wohnungen – erhielt Mitte der vergangenen Woche vom Bundesrat grünes Licht. Der Innenminister musste zwar hier und dort korrigieren, die Republik nun ihr FBI.

Eine *positive* Wendung demgegenüber betrifft unseren vorigen Präsidenten und jetzigen Vize Rolf Gössner: Seit Mitte November wird er nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz nicht mehr geheimdienstlich beobachtet: Eine rekordverdächtige 38jährige Überwachungsära geht zu Ende. Mit Erleichterung nahm unser Vorstand zur Kenntnis, dass die Klage Gössners und die vielen Proteste endlich diesen bundesdeutschen Dauerskandals ein Ende setzen konnten. Wir fordern, dem Betroffenen die ihm bisher widerrechtlich vorenthaltenen Geheimdienstdaten offen zu legen!

Meine Damen und Herren,

Einige Anmerkungen zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise noch zum Schluss

Nach den Durstjahren der Agenda 2010, jener Schredder-Anleitung, die zur Anlockung finanzkräftiger Investoren die meisten Sozialsicherungen in Deutschland eingerissen hatte, bedachte uns die große Koalition mit dem Abbau des nationalen Schuldenbergs.

Nun stehen wir mitten in der Krise und blicken angstvoll auf die drohende Rezession.

Vielleicht erinnert sich mancher, an unsere dringende Mahnung auf dem Festakt der Medaillenverleihung an Madjiguène Cissé und die Kollektifs de Sans Papier vor zehn Jahren. Der Sozialstaat wurde von jenen global players als „Exzess der Demokratie“ diskreditiert. Wir riefen auf, diesen, trotz seiner Unzulänglichkeit zu verteidigen!

Zehn Jahre „De-Regulierung“ und „sozialer Umbau“ fegten unzählige Errungenschaften der europäischen sozialen Bewegungen hinweg und haben die Republik entscheidend verändert. Übrig gebliebenen ist der Rest eines einmal gewesenen Sozial- und Wohlfahrtsstaats – ein Torso nur noch.

Die gegenwärtige Finanzkrise hat eine Qualität und Dynamik erreicht, die ohne massive staatliche Interventionen wohl nicht einzudämmen ist. Die Regierungen müssen intervenieren und retten, was zu retten ist. Scheinbar sitzen wir wieder alle im selben Boot.

Wir aber fordern: Die Bedingungen der Rettungsmaßnahmen sind von allen, die die Rechnung bezahlen sollen, gleichberechtigt zu gestalten. Die Lösch- und Rettungsaktionen, die bisher unvorstellbare Summen aus Steuergeldern verschlingen, sind nur zu rechtfertigen, wenn Entscheidungsprozesse transparent werden und die öffentliche Kontrollen der Finanzwirtschaft auf eine Basis gestellt werden, die einer demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft angemessen ist.

Die Debatte der Neuregulierung muss deshalb eröffnet werden. Verstaatlichung und Verzicht auf Entschädigung von Bankaktionäre dürfen nicht länger Tabu-Themen sein. Artikel 56 des Vertrages von Lissabon, der politische Korrekturen des Kapitalverkehrs in der EU als Eingriff in die Freiheitsrechte rigoros verbietet, andererseits aber dem Kapital eine wesentliche Handhabe gibt, etwa Arbeitsrechte nach Gusto zu diktieren, gehört abgeschafft!

Der „Umbau“ muss auf einem demokratischen Prozess beruhen. Nur so könnte gewährleistet werden, dass die Leitlinien der Wirtschaftstätigkeit demokratisch geplant und nach sozialen Bedürfnissen beschlossen werden.

Die Welt braucht eine Gegenbewegung, die sich gleich der Graswurzelbewegung, der sich unsere diesjährigen Medaillenträger und –trägerinnen zuordnen, jenseits nationaler Grenzen

assoziiert, Menschenrechtsaktivisten und –aktivistinnen, die ihre Lebensinteressen von den staatlichen Krisenverwaltern NICHT vorgeben lassen und sich jeder sozialen und ethnischen Ausgrenzung widersetzen.

Die Menschheit müsste also wieder anfangen, neu zu lernen und die verschollene Botschaft einer Hymne aus einer anderen historischen Etappe ausgraben: „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.“ Wir müssen uns eben selber aus dem Elend erlösen und wir können und sollten dies auch tun.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit